

Die erste Sitzung nach den Sommerferien war die erste Sitzung mit der neuen Mikrofonanlage. Zudem wurden fünf neue Ratsmitglieder begrüsst.

Einsetzung einer Task Force Finanzausgleich

Die FDP wollte eine Task Force etablieren, welche die Mechanismen des Finanzausgleichs analysieren und Verbesserungsvorschläge präsentieren soll.

Wir Grünliberalen sehen grundsätzlich die vorhandenen Probleme beim NFA. Ein dringliches Vorgehen in dieser Frage ist aber nicht angebracht. Der Regierungsrat hat die Probleme erkannt und er wird bis 2017 die notwendige Auslegeordnung anhand eines Wirksamkeitsberichts vorlegen. Aufgrund dieses Berichts werden dann die adäquaten Änderungen initiiert. Politische Hektik ist hier fehl am Platz.

Die Dringlichkeit des Postulats wurde durch den Rat abgelehnt.

Bewilligung eines Rahmenkredits für die Jahre 2014 bis 2017 für Weiterbildungs- und Beschäftigungsprogramme für Ausgesteuerte

Weiterbildungs- und Beschäftigungsprogramme sind wesentliche Massnahmen, um die Zielsetzung einer Wiedereingliederung von Ausgesteuerten in den Arbeitsmarkt erreichen zu können. Wir Grünliberalen unterstützen sowohl die Zielsetzung, wie auch die definierten Massnahmen. Analysiert man aber die Umsetzung der Massnahmen in der Vergangenheit im Rahmen des letzten Rahmenkredits (2010 bis 2013), dann ist festzuhalten, dass die Höhe des bewilligten Rahmenkredites massiv zu hoch angesetzt wurde. Anstelle der bewilligten CHF 20.9 Mio. wurden lediglich ein paar hundert tausend Franken ausgegeben. Der nun im neuen Rahmenkredit geforderte Betrag von CHF 10 Mio. erscheint uns Grünliberalen wiederum als zu hoch angesetzt und wir plädieren für einen Kredit von CHF 6 Mio. – also immer noch einen substanziell höheren Betrag als die in der letzten Periode effektiv ausgegebenen CHF 700'000 aus den Jahren 2010 bis 2013.

Jede ausgesteuerte Person, welche wieder in den Arbeitsmarkt reintegriert werden kann, ist ein Gewinn. Ein Rahmenkredit von CHF 6 Mio. ermöglicht die Umsetzung der notwendigen Programme und Weiterbildungsangebote und hilft, diese Zielsetzung zu erreichen.

Der Rat hat sich entgegen der Argumentation der Grünliberalen für einen Rahmenkredit von CHF 10 Mio. ausgesprochen.

Anreiz für Familien zum Umsteigen auf den ÖV

Wir Grünliberalen wünschen uns vermehrt Anreize, damit Familien auf den öffentlichen Verkehr umsteigen. Im Postulat fordern wir einen ZVV-Netzpass für Familien. Leider ist der Regierungsrat nicht bereit dieses Anliegen aufzunehmen und sich für einen Anreiz für Familien zum Umsteigen auf den ÖV einzusetzen.

Der ZVV versucht bereits heute Anreize zu schaffen. Die Modellrechnungen zeigen auf, dass die im Postulat aufgezeigten Probleme aber nach wie vor bestehen, da sich vorhandene Anreizsysteme nicht primär an Familien richten. Dies obwohl wir Grünliberalen durchaus eine unkomplizierte Lösung sähen: Einen Familienrabatt auf Netzpässe. Der Genfer Verkehrsverband macht's vor – dort gibt es 50 Franken Rabatt pro Jahres-Abo der Familie.

Obwohl Anreize für Familien grundsätzlich politisch breit abgestützt sind (das Postulat wurde ursprünglich mit 133 Stimmen überwiesen), ist der Regierungsrat nicht bereit, hierfür eine Lösung zu bieten. Das ist schade und in den Augen von uns Grünliberalen falsch.

Staatsvertrag ohne Pistenerlängerung

Ausbauen des Pistensystems bedeutet früher oder später mehr Flugverkehr. Wir Grünliberalen wehren uns also vehement gegen Ausbauten des Pistensystems und konsequenterweise auch gegen Projekte, die damit verbunden sind. So haben wir uns im Rahmen der Richtplandiskussion gegen die Verlegung der Flughafenstrasse oder die Erstellung eines Retensionsfilterbeckens in Oberglatt gewehrt. Andere Parteien verhalten sich leider nicht so konsequent.

Das vorliegende Postulat ist die Folge von deutschen Lärmklagen und dem Versuch, die Frage des Staatsvertrages mit den Pistenausbauten zu verknüpfen. Wir Grünliberalen haben mittels dieses dringlichen Postulats gefordert, dass der Regierungsrat aufzeigt, wie der Staatsvertrag ohne Pistenerlängerungen umgesetzt werden kann. Es ging also darum, die Frage von Pistenausbauten und den Staatsvertrag zu entkoppeln – oder anders gesagt, nicht den Sack (also den Staatsvertrag) zu schlagen, wenn wir den

Esel (d.h. Pistenausbauten) meinen. Obwohl Aktualität und Dringlichkeit des Staatsvertrages wegen den Verzögerungen auf deutscher Seite nicht mehr gegeben sind, hätten wir uns dazu eine klarere Stellungnahme der Regierung gewünscht. In der nun vorliegenden abweichenden Stellungnahme der KEVU wird festgehalten, was der Kantonsrat mehrmals bestätigt hat: Wir wollen keine Pistenausbauten. Wir werden diesen Standpunkt heute - wie auch in der Vergangenheit und Zukunft - konsequent vertreten und die abweichende Stellungnahme unterstützen. Das Postulat wurde ohne abweichende Stellungnahme abgeschrieben.

NEAT ab Zürich ohne Spitzkehre

Es ist ein Ärgernis, dass die betroffenen Kantone entlang der NEAT-Achse während der Sanierung und der Totalschliessung der Bahnlinie zwischen Zug und Arth Goldau nur einen reduzierten Nutzen an der neuen Bahnlinie haben. Anstelle einer 40-minütigen Zeitersparnis, dauert die Reise von Zürich ins Tessin „nur“ 25 Minuten kürzer.

Wir Grünliberalen bedauern zwar diesen Sachverhalt. Wir sind aber auch der Meinung, dass es sich hier um ein temporäres und notwendiges Übel handelt. Der Regierungsrat hat aufgezeigt, dass es allein schon aus zeitlichen Gründen nicht mehr für den Bau weiterer Massnahmen reicht. Ausserdem würden mit der geforderten baulichen Massnahme („Spange“) grössere fahrplantechnische Verwerfungen resultieren (keine halbstündlichen Verbindungen Innerschweiz–Zürich und keine Umsteigebeziehungen in Arth-Goldau mehr möglich). Hingegen wird der für später geplante Doppelspurausbau Freudenberg–Rotkreuz vorgezogen. Das schafft die benötigten Kapazitäten für die vorübergehend umgeleiteten Gotthardzüge und kommt auch dem Fahrplan Zürich–Luzern sehr zugute.

Grundsätzlich ist es absehbar, dass das geologisch lebendige Ostufer in Zukunft vermehrt temporär gesperrt werden muss, weil ein Erdbeben oder eine Gleisunterspülung die Strecke unpassierbar macht. Deshalb bleibt die Forderung bestehen, dass innert nützlicher Frist eine Spange gebaut wird, damit der Nord-Süd-Verkehr auch dann vernünftig organisiert werden kann, wenn das Ostufer gesperrt ist.

Wir Grünliberalen sind mit der Abschreibung einverstanden und das dringliche Postulat wurde als erledigt abgeschrieben.

Erleichterungen für den Detailhandel im Kanton Zürich

Fakt ist, dass das Einkaufen im Ausland für die Schweizer Detailhändler ein Problem darstellt. Auch wir Grünliberalen haben das Problem erkannt und unterstützen sinnvolle Lösungen, um die Attraktivität des eigenen Handels zu stärken.

Nicht in dieses Kapitel gehört das vorliegende Postulat. Mitschuldig in den Augen der Postulanten für die hohen Schweizer Preise ist das bestehende Parkplatzregime. Im Kern dieses Postulats geht es also eher um Verkehrspolitik. Die simple Botschaft: weil die Parkplätze in der Schweiz so teuer sind, fahren die Einkaufstouristen ins nahe Ausland.

Die wichtigsten Elemente, um die Preise in der Schweiz zu senken, liegen auf nationaler Ebene. Beispielsweise geht es hier um das Erlauben von Parallelimporten und das Aufheben von falschen Importhemmnissen.

Wir Grünliberalen nehmen zudem erstaunt das Verhalten einiger Einkaufstouristen zur Kenntnis. Jene, welche auf ihrer Einkaufsfahrt mehr als 100 Kilometer zurücklegen, rechnen wohl falsch. Ein Ressourcenverbrauch von CHF 120 für die Fahrt hätte zur Konsequenz, dass bei 20 Prozent günstigeren Preisen für mindestens CHF 500 eingekauft werden müsste, um nur schon mal die Fahrtkosten zu kompensieren. Ausser Acht gelassen wird auch oft die Qualität der Produkte.

Wir Grünliberalen unterstützen das vorliegende Postulat nicht und das Postulat wurde abgeschrieben.

Bewilligung eines Beitrages aus dem Lotteriefonds zugunsten der Stadt Zürich für die Durchführung der europäischen Biennale Manifesta 11

Für die Durchführung der Manifesta 11 sollen 1.5 Mio. aus dem Lotteriefonds zur Verfügung gestellt werden. Wir Grünliberalen sehen die Chance für Zürich, sich im besten Licht als Kulturstadt zu präsentieren und unterstützen den Antrag.